

GeaCron

Interaktiver historischer Welt- Atlas ab 3000 v.Chr.
Jahreszahl eingeben - Karte kommt



Flagge der DDR
Bild gemeinfrei
[Vergrößern](#)

Aufgabe zur DDR- Flagge

Denkaufgabe: Deute die Symbolik der Flagge

Fassung vom 22.11.2025 | [Nach aktuellerer Fassung suchen](#)

Neuzeit

GRUNDINFORMATION DDR

1 Politische Gleichschaltung: Parteidiktatur und Blockpolitik

In der DDR herrschte wie schon in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone eine Parteidiktatur ("[führende Rolle der Partei](#)"). Die [kommunistische](#) SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) bestimmte alles, die Blockparteien ("Blockflöten") in der "Nationalen Front" hatten sich an der SED zu orientieren. Es handelte sich bei diesen um

- die Ost- CDU
- die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)
- die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Die Anzahl der Sitze auf der Liste der Nationalen Front (einige zu Wahlen zugelassene Liste) wurde durch die SED und ihre "Bündnispartner" (Blockparteien und Massenorganisationen), nicht durch die Wähler festgelegt.

In der Volkskammer der DDR, dem Pseudoparlament, saßen neben den Blockparteien die "Massenorganisationen", nämlich:

- der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund)
- der DFB (Deutscher Frauenbund)
- die FDJ (Freie Deutsche Jugend) und
- der DK (Deutscher Kulturbund)

Offiziell besaß die SED in der Volkskammer weniger als die Hälfte der Sitze, aber über die SED-Mitglieder in den "Massenorganisationen" und durch die Anpassung der Blockparteien gab es immer sichere SED-Mehrheiten. Walter Ulbricht beschrieb es so: "Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."

Aufgaben zur politischen Gleichschaltung

Basisaufgabe 1: Zeichne ein Schema der Volkskammer und der darin vertretenen Parteien und Massenorganisationen in der nationalen Front.

Basisaufgabe 2: Zeichne ein Schema „Stützen der SED- Herrschaft“.

Denkaufgabe: "Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." Erkläre, wie dieses Prinzip umgesetzt wurde.

Die SED wurde zwischen den Parteitagen vom allmächtigen Politbüro sowie dem Zentralkomitee geleitet, an der Spitze der Partei stand bis 1971 Walter Ulbricht, danach bis zum Untergang der DDR Erich Honecker. Eine Trennung zwischen Staat und Partei bestand faktisch nicht. Die SED wurde Anfang der 1950er Jahre zu einer "Partei Neuen Typs" nach dem Vorbild des russischen Kommunistenführers Lenin, also zu einer undemokratischen, zentral gelenkten, einheitlichen Kaderpartei ("Demokratischer Zentralismus") umgestaltet.

1950 wurde das berüchtigte Ministerium für Staatssicherheit (MfS, kurz Stasi = Staatssicherheit) gegründet. Dessen Chef war seit 1957 bis 1989 Erich Mielke. Das Ministerium für Staatssicherheit war mit 90.000 hauptamtlichen und 175.000 inoffiziellen Mitarbeitern das wichtigste Unterdrückungsinstrument.

Die SED stützte sich außerdem auf die Volkspolizei (VoPo), Kasernierte Volkspolizei, Betriebskampfgruppen und Nationale Volksarmee.

In der Anfangszeit bis 1950 gab es sogar vom sowjetischen Geheimdienst (NKWD) 1945 einrichtete kommunistische KZs, zwei davon waren ehemalige NS- Konzentrationslager.

Oppositionelle wurden mit Unterdrückungsmaßnahmen überzogen und verhaftet. Nach Angaben von 1993 wurden als Höchstzahlen 234.300 Gefangene in der DDR angegeben, von denen 105.500 ums Leben kamen. (Schwarzbuch des Kommunismus, S. 863)

1952 wurde die DDR neu gegliedert: Die Länder entfielen, der Staat wurde in Bezirke und Kreise gegliedert ([Zentralstaat](#)).

WIEDERHOLUNG:

Grundinfo Deutschland 1945 - 1949, Abschnitt „Sowjetische Besatzungspolitik“ auf der gleichnamigen Epochenseite

Die DDR wurde zu einer sogenannten "[Volksdemokratie](#)", orientiert am sowjetischen Vorbild. 1955 wurde die DDR Mitglied des [Warschauer Pakts](#). Ihre zur Bundesrepublik (Westintegration) spiegelbildliche Ostintegration war damit vollständig.

[Hinunterscrollen](#)

2 „Aufbau des Sozialismus“

1951 beginnt der Erste Fünfjahrplan, 1952 beschließt die II. Parteikonferenz den "Aufbau des Sozialismus", also die vollständige Sozialisierung (Enteignung von Betrieben) nach dem Vorbild der Sowjetunion. In der Landwirtschaft werden die LPGs (Landwirtschaftliche Produktions- genossenschaften) nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen eingerichtet.

Die Sozialisierung erfasst auch die mittelständischen Betriebe. Ähnlich wie in der Landwirtschaft wurden auch in Handel und Gewerbe konstruierte Vorwände benutzt, um diese zu enteignen. Viele fliehen in den Westen, damals stand die Mauer noch nicht.

Aufgaben zum „Aufbau des Sozialismus“

Basisaufgabe: Notiere den Basistext in Stichworten.

Denkaufgabe 1: Fasse in einer Tabelle mit 2 Spalten („Antifaschistische- demokratische Ordnung“ | „Aufbau des Sozialismus“) zusammen, worin sich die „antifaschistisch- demokratische Ordnung“ der Besatzungszeit vom „Aufbau des Sozialismus“ unterscheidet.

Denkaufgabe 2: Erkläre, weshalb viele nun in den Westen fliehen.

Weiter auf der nächsten Seite

TIEFER EINSTEIGEN:

Gedenkstätte und Lernort Hohenschönhausen auf der Epochenseite DDR

3 Gleichschaltung weiterer gesellschaftlicher Bereiche: Justiz, Bildung und Wissenschaft und Kultur, Kirchen

Justiz

Das ostdeutsche Justizwesen war schon seit Ende der vierziger Jahre fast vollständig in die Hände der Kommunisten geraten und wurde vom ZK der SED gesteuert. Eine Unabhängigkeit der Justiz bestand nicht. Richter, Staatsanwälte und immer häufiger auch die Rechtsanwälte wurden auf die Urteile im vorhinein festgelegt. Der Gang der Verhandlungen bis hin zum Wortlaut der Äußerungen war abgesprochen. Die Prozesse wurden zur Farce." (Schwarzbuch des Kommunismus, S. 868)

Die Haftbedingungen in den DDR- Haftanstalten waren schlecht. Zwischen 1962 und 1976 erfolgte Arbeitserziehung in Arbeitslagern. Es handelte sich um einen kleinen deutschen GULAG.

Schulen / Hochschulen

Schon in der Besatzungszeit waren die Schulen vereinheitlicht und die große Mehrheit der Lehrer entlassen bzw. ausgewechselt worden. Mit der Zeit bekam die SED die Schulen und Hochschulen auch politisch in die Hand, was zu einer vollständigen Ideologisierung durch die Einführung des Marxismus-Leninismus, die verpflichtende Weltanschauung des kommunistischen Totalitarismus, führte. Auch aus dem Bildungsbereich flohen Tausende in den Westen.

Kulturpolitik

Auch die Kultur wurde unterworfen. Sie wurde in die Zwangsjacke des "sozialistischen Realismus" gesteckt. Dissidenten gab es ständig, besonders bekannt war z.B. Wolf Biermann, der 1976 in den Westen zwangsausgebürgert wurde und damit den Exodus einer großen Anzahl von Künstlern auslöste. Andere Dissidenten (Abweichler) wurden schikaniert.

Kirchenpolitik

Gegenüber den Kirchen begann nach anfänglichem Spielraum 1948 nach sowjetischem Vorbild eine atheistische Propaganda. Seit Dezember 1952 ging die Partei systematisch gegen die Jugendarbeit der

Kirchen vor. Kirchliche Anpasser an den Kommunismus wurden gefördert, man versuchte einzelne materiell zu korrumpern und unterwanderte die Kirchen. Um den Kirchen das Wasser abzugraben, wurden weltliche Feste kirchlichen Festen und Bräuchen nachgebildet. Die Jugendweihe etwa entsprach der kirchlichen Konfirmation bzw. Firmung, die sozialistische Namensweihe der Taufe oder die sozialistische Eheschließung der Trauung.

Aufgabe zur weiteren Gleichschaltung der DDR (neben Politik und Wirtschaft)

Basisaufgabe: Zeichne einen Kreis um den Begriff „Weitere Gleichschaltung“, von diesem ausgehend Pfeile zu den rot und kursiv geschriebenen Bereichen „Justiz“, usw. Trage dort die Infos aus dem Basistext ein.

Weiter auf der nächsten Seite

Aufgaben zum Antisemitismus in der DDR

Basisaufgabe: Notiere den Basistext in Stichworten.

Denkaufgabe:

A Was kennzeichnet die Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR?

B Was fehlt?

C Wie stehst du dazu?

4 Antisemitismus in der DDR

„Als Anfang der fünfziger Jahre eine Welle des Antisemitismus durch die kommunistischen Staaten lief, kam es auch in der DDR zu neuen Verfolgungen. Diese hatten zwar nicht das Ausmaß wie in der Tschechoslowakei oder in der UdSSR. Sie veranlassten aber führende Vertreter der kleinen jüdischen Gemeinden, die Juden in der DDR aufzufordern, das Land zu verlassen. Über 500 Juden flohen bis 1953. Auch in der SED wurden zahlreiche jüdische Kommunisten zurückgestuft und benachteiligt. (...) Erst 1988, als Honecker seine internationale Reputation verbessern wollte, wurde der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus mit großem staatlichem Aufwand gedacht. (Schwarzbuch des Kommunismus, S. 842f.)

Eine Wiedergutmachung an Israel kam für die DDR nicht in Frage, die 'Arbeiterklasse' insgesamt wurde entschuldet, nur die Konservativen, die Kapitalisten und Imperialisten sollten an allem schuld gewesen sein.

Aufgaben zur Legitimation der Herrschaft der SED

Denkaufgabe 1: Kann man in der DDR von einem Missbrauch des Antifaschismus sprechen? Begründe.

Denkaufgabe 2: Welches Menschenbild steckt hinter der Utopie des neuen Menschen und einer idealen Gesellschaft? Teilst du es?

Denkaufgabe 3: Kennst du weitere Ideologien, die einen neuen Menschen und eine utopische idealische Gesellschaft postulieren?

5 Die Legitimation der Herrschaft der SED: Scheindemokratie, Antifaschismus, Utopie der idealen Gesellschaft

Die SED legitimierte ihre Herrschaft teils über eine Scheindemokratie, die als echte Demokratie ausgegeben wurde. Wichtiger für die Legitimation war jedoch der Antifaschismus, was später in der neuen Bundesrepublik des 21. Jhs. stilbildend für den Wokismus wurde. Die DDR - wie heute der Wokismus - stellte sich als die moralische Antwort auf den Nationalsozialismus dar, obwohl sie nur eine neue, zweite Diktatur im Ostteil Deutschlands darstellte.

Wesentlich und ganz zentral für die Legitimation der kommunistischen Herrschaft war aber auch die Utopie einer angeblich idealen Gesellschaft mit dem angeblich neuen Menschen, einer Gesellschaft angeblich von Gleichheit und Freiheit und Gerechtigkeit und materiellem Überfluss, einer Gesellschaft, die mit angeblicher Gesetzmäßigkeit siegen würde. Dieses Ziel schien auch die verwerflichsten Mittel, es zu erreichen, zu rechtfertigen.

5 Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Im Juli 1952 wird auf der II. Parteikonferenz der SED der Aufbau des Sozialismus verkündet. Folgen der erzwungenen Vollsozialisierung durch Enteignung war eine Krise der Landwirtschaft, eine Ernährungskrise und ein Produktionsrückgang in der Industrie. Außerdem gab es Proteste in der Bevölkerung und eine steigende Zahl von Republikflüchtlingen. Als die SED mit Normerhöhungen für die Betriebe reagiert, kommt es am 17. Juni 1953 zu spontanen Arbeitsniederlegungen in Ostberlin. Der Protest gegen die Arbeitsnormerhöhungen weitet sich zu einem allgemeinen Volksaufstand im ganzen Gebiet der DDR (mehr als 400 Orte, über 600 Betriebe) gegen die Herrschaft der SED mit den Rufen nach freien Wahlen und Wiedervereinigung aus. Da die SED handlungsunfähig ist, muss die Sowjetunion die Notbremse ziehen und den Aufstand mit Panzern niederwalzen lassen.

Der Aufstand wird von der SED in der Sache falsch als "faschistischer Putschversuch" umgedeutet, es folgen standrechtliche Erschießungen, Verhaftungen ("Rädelsführer", "Provokateure") und eine Fluchtbewegung aus der DDR ("Republikflucht"), die bis zum Bau der Mauer für die DDR existenzbedrohende Formen annahm. Der 17. Juni war in der alten Bundesrepublik (vor der Wiedervereinigung) Nationalfeiertag.

Aufgaben zum 17. Juni

Rechercheaufgabe: Recherchiere Bilder zum 17. Juni und erstelle eine Fotostrecke.

Basisaufgabe: Erstelle eine Tabelle zum 17. Juni mit den 3 Spalten Ursachen/Anlass | Verlauf | Ergebnisse und fülle sie aus.

Denkaufgabe: Wieso verfälscht die SED den 17. Juni zum „faschistischen Putschversuch“ statt sich ihrem Versagen zu stellen?

TIEFER EINSTEIGEN:

Lernort, Gedenkstätte und Fotostrecke Bernauer Straße, Berlin (Berliner Mauer) auf der Epochenseite DDR

6 13. August 1961 Mauerbau

1958 hatte Chruschtschow, der sowjetische Staatschef, erfolglos gefordert, Westberlin als selbstständige politische Einheit in eine "Freie Stadt" umzuwandeln, um dessen Bindungen an die Bundesrepublik zu kappen. Um das Ausbluten der DDR durch Abwanderung ihrer Bürger nach Westberlin und Westdeutschland zu verhindern, ließ Walter Ulbricht dann am 13. August mitten durch Berlin eine Mauer bauen, die Ostberlin von Westberlin trennte.

Sie wurde nach und nach immer weiter ausgebaut und kostete viele Todesopfer. Die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurde durch Grenzsicherungsanlagen mit Zaun, Patrouillen, vermintem Geländestreifen und Selbstschussanlagen gesichert.

Aufgaben zum Mauerbau

Basisaufgabe: Notiere den Basistext in Stichworten.

Rechercheaufgabe: Recherchiere Bilder zum Mauerbau und erstelle eine Fotostrecke.

Denkaufgabe: Recherchiere Bilder zum Aufbau der Grenzanlagen der DDR. Sollen die Grenzanlagen eine Flucht aus der DDR oder ein Eindringen in die DDR verhindern? Argumentiere mit dem Aufbau der Grenzanlagen.

7 Konsolidierung und Abgrenzung

Nach dem Bau der Mauer konsolidiert sich die DDR, innerhalb des Ostblocks verfügte sie über den höchsten Wohlstand. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik konnte sie sich nicht messen, das Wohlstandsgefälle blieb unübersehbar. Außenpolitisch grenzte sich die DDR von der Bundesrepublik ab und minimierte nach Möglichkeit den Kontakt zu Bundesbürgern. Berüchtigt waren die Grenzschanzen.

Aufgabe zu Konsolidierung und Abgrenzung

Basisaufgabe. Notiere den Basistext in Stichworten.

TIEFER EINSTEIGEN:

Grundinfo Bundesrepublik Deutschland, Abschnitt Regierung Willy Brandt / Neue Ostpolitik auf der gleichnamigen Epochenseite

Aufgaben zu Erstarrung und Untergang

Basisaufgabe: Zeichne eine Treppe mit 9 Stufen bis zur Maueröffnung. Trage zu jeder Stufe das entsprechende Ereignis ein. Ein Abschnitt im Text entspricht einer Stufe.

Denkaufgabe: Vor welche Probleme stellt die Maueröffnung die wichtigsten westlichen Verbündeten (USA, Frankreich, England) und die Sowjetunion?

Zusammenfassende Aufgabe

Denkaufgabe: Die Partei „Die Linke“, die Nachfolgepartei der SED, behauptet, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Wie stehst du zu dieser Aussage? Begründe.

8 Ostverträge und Grundvertrag in den 1970er Jahren

Siehe hierzu die Grundinformation Bundesrepublik Deutschland (linke Spalte)

9 Erstarrung und Untergang

Wirtschaftlich erstarrte die DDR immer mehr. Ausufernde Sozialleistungen überstiegen das wirtschaftliche Vermögen, der Staat stand vor dem Bankrott.

Die bürokratische Lähmung und Perspektivlosigkeit kontrastierte mit dem Aufbruch in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, neben dem Honecker wie eine Mumie wirkte.

Dem Mauerfall voraus ging der Zusammenbruch des SED- Regimes. Als Ungarn die Grenze öffnete, flohen viele DDR- Bürger über Österreich in die BRD. Dies war der erste Schritt.

Im Mai 1989 fälschte das DDR- Regime die Kommunalwahlen, was Oppositionsgruppen auf den Plan rief und Empörung auslöste. Dazu trug auch bei, dass die Regierung in Ost- Berlin die brutale Niederschlagung der Studentenopposition in der VR China (Tiananmen- Massaker) unterstützte.

Die Ausreise aus der DDR über die bundesrepublikanischen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau schwoll zu einem regelrechten Strom an. Auf dem 40. Jahrestag der DDR wurde Gorbatschow von der Bevölkerung demonstrativ freundlich begrüßt, Erich Honecker dagegen wirkte wie ein Fossil.

Inzwischen waren die Montagsdemonstrationen mit ständig wachsenden Teilnehmerzahlen in Leipzig zu einer festen Einrichtung geworden, die von den Kirchen und der Opposition (Entstehung einer Bürgerrechtsbewegung) unterstützt wurden. Der Ruf "Wir sind das Volk" und der Massenprotest taten ihre Wirkung:

Am 17. Oktober wurde dann vom Politbüro der SED Erich Honecker einstimmig gestürzt. Er war nicht mehr zu halten. Egon Krenz wurde neuer Generalsekretär der SED, aber das änderte für die SED nichts, denn

der Protest wuchs weiter an. Am 4. November demonstrierten allein auf dem Alexanderplatz in Berlin über eine halbe Million Menschen, woraufhin am 7. und 8. November der Ministerrat (Regierung) und das Politbüro der SED zurücktraten. Hans Modrow wurde neuer Ministerpräsident der DDR.

Am 9. November endlich gab das Politbüromitglied Günter Schabowski die Öffnung der Mauer bekannt: Die Grenze war offen! Die DDR wurde nun abgewickelt.

Aufgaben zu Mauerfall und Wiedervereinigung

Rechercheaufgabe:

Recherchiere Bilder zum Mauerfall und mache daraus eine kommentierte Fotostrecke.

Basisaufgabe: Liste die Ereignisse vom Mauerfall bis zur Wiedervereinigung stichwortartig auf.

Denkaufgabe: Welche Rolle spielten die Bürger der DDR bei der Wiedervereinigung?
Beachte In- und Ausland.

Denkaufgabe: Wie beurteilst du das Verhalten der Grünen zur Wiedervereinigung?

Denkaufgabe: Wie beurteilst du das Verhalten der SPD zur Wiedervereinigung?

10 Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung

10 a Das Volk macht Druck

Zwar gab es innerhalb der breit gefächerten DDR-Bürgerrechtsbewegung auch Stimmen, die für eine Weiterexistenz der DDR oder einen „Dritten Weg“ eintraten, auch weil die außenpolitischen Rahmenbedingungen noch unklar waren. Die antinationalen Grünen blieben bis zum Schluss gegen eine Wiedervereinigung. Ihr Slogan war: „Nie wieder Deutschland!“. Sie setzten ihn in der neuen Bundesrepublik um, was in seiner Tragweite von der Masse der Wähler anfangs nicht erkannt wurde.

Auch die SPD hatte Vorbehalte. Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine etwa konnten mit der Einheit der Nation wenig anfangen. Sie standen damit in der SPD nicht allein, sondern verkörperten die dort geltende Mehrheitsmeinung. Lafontaine hielt die Zweistaatlichkeit für einen Ausdruck historischer Gerechtigkeit nach den Verbrechen des Nationalsozialismus. Gerhard Schröder, damals niedersächsischer Oppositionsführer, erklärte im September 1989, eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik sei "reaktionär und hochgradig gefährlich". SPD-Vorstand und Bundestagsfraktion positionierten sich gegen das angeblich "leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede".

Erst auf Willy Brandts Zureden und unter dem Druck der Ereignisse bequemte sich die SPD-Bundestagsfraktion dann doch, dem Staatsvertrag (siehe unten) zuzustimmen. Mehrheitlich freundete man sich dann doch mit der Wiedervereinigung an. (Der Abschnitt zur SPD folgt dem Welt am Sonntag-Artikel „Wie Brandt Lafontaine auf Einheitskurs bringen wollte.“)

Doch als auf den großen Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen großen Städten der DDR die Parole "Wir sind ein Volk" die Parole "Wir sind das Volk" ablöste, und als die Leute riefen: "Kommt die D-Mark nicht zu uns, geh'n wir zu ihr" und massenhaft im Westen einkauften, war im In- und Ausland der großen Mehrheit klar, dass die Wiedervereinigung nicht zu verhindern war. Die Ereignisse überstürzten sich:

- Bürgerrechtler stürmten die Stasi- Dienststellen (Stasi = populär für Ministerium Staatssicherheit)
- Runde Tische der Bürgerrechtsbewegung schlossen wie Pilze aus dem Boden
- Die SED musste sich in PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) umbenennen, wobei erhebliche Vermögenswerte auf bis heute nicht geklärte Weise verschwanden. Heute heißt die Ex- SED „Die Linke“.
- Gleichzeitig schlossen sich die DDR-Blockparteien mit ihren westlichen Gegenstücken zusammen, z.B. Ost- CDU mit West- CDU, usw.
- Bei den Märzwahlen 1990 in der DDR erreichte das konservative Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ 48% der Wählerstimmen. Der Kommunismus in seiner bisherigen Form war in Deutschland erledigt, das 68er Erbe mit dem Wokismus sollte in der neuen Bundesrepublik teilweise an seine Stelle treten.
- Lothar de Maizière (CDU) wurde Regierungschef einer großen Koalition und letzter Ministerpräsident der DDR. Er stand im Schatten Helmut Kohls.
- Am 1. Juli 1990 kam die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Zwischen Ost-Mark und D-Mark bestand bis zu einer Grenze von höchstens 6.000 DM ein Umtauschverhältnis von 1:1; darüber wurde 2:1 getauscht.
- Am 31. August 1990 kam der Einigungsvertrag zustande.
- Am 3. Oktober trat die DDR der Bundesrepublik bei. Der 3. Oktober wurde offizieller neuer deutscher Nationalfeiertag.

Denkaufgabe: Notiere und erläutere die Interessen der Sowjetunion, der USA, Frankreichs und Großbritanniens. Wie wurden sie im 2+4-Vertrag berücksichtigt?

Denkaufgabe: Inwiefern hat sich der Deutschlandvertrag durch den 2+4-Vertrag erledigt?

10b Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion stimmen zu

Sie gerieten allesamt in den Sog der Ereignisse in Deutschland. Eine militärische Unterbindung einer Massenflucht nach Westdeutschland wäre für alle Großmächte undenkbar gewesen. Also musste man sich arrangieren und das jeweils Beste aus der Situation herausholen.

Die USA wollten die Bundeswehr in der NATO behalten, unterstützten aber die Wiedervereinigung, die ihren Interessen auch nützte, ansonsten vorbehaltlos.

Frankreich, traditionell ängstlich gegenüber deutschem Machtzuwachs, stimmte zu, weil Kohl die weitere Integration Europas und insbesondere die Einführung des EURO als europäische Währung zusagte, also das Ende der starken Deutschen Mark. Das wurde im Vertrag von Maastricht 1993 auch umgesetzt.

Gorbatschow für die Sowjetunion stimmte zu, um seine Reformen und seine innenpolitische Position zu retten. Einen Militäreinsatz sowie einen Rückfall in einen neuen Kalten Krieg konnte sich die Sowjetunion nicht leisten. Erleichtert wurde die Zustimmung durch finanzielle Angebote zur Versorgung und Rückführung der Roten Armee aus Deutschland und zur Stützung der sowjetischen Wirtschaft von Bundeskanzler Kohl.

Margaret Thatcher, Regierungschefin Großbritanniens, wollte eigentlich nicht, konnte aber nach Gorbatschows Zustimmung nichts mehr machen.

10c Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.1990 bestimmte die Wiedervereinigung der Bundesrepublik, der DDR und Westberlins. Polen war an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Es wurde durch die erneute Erklärung der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze und durch erneute Bekräftigung des Verzichts auf territoriale Ansprüche beruhigt. Das Bekenntnis Deutschlands zum Frieden und zum Verzicht auf ABC-Waffen lag in aller Interesse.

Im Zuge des Endes des Kalten Kriegs sollte die Bundeswehr auf 370.000 Mann reduziert werden, was man in Deutschland als „Friedensdividende“ empfand.

Da Unterbringungsmöglichkeiten in der Sowjetunion nicht gleich zur Verfügung standen, sollten die sowjetischen Truppen erst bis Ende 1994 aus Deutschland abziehen.

Der Sowjetunion kam man auch insoweit entgegen, als vereinbart wurde, dass NATO- Angehörige, deutsche Truppen, aber keine ausländischen Streitkräfte, keine Atomwaffen und Atomwaffenträger auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden durften.

Mit der Beendigung der Viermächterechte und -verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes wurde der [Deutschlandvertrag](#) erledigt und die volle [Souveränität](#) Deutschlands wurde hergestellt.

[Epochenseite DDR](#)

[Epochenraum 20. Jh.](#)

[Startseite](#)

Berlin wird 1990 Hauptstadt Deutschlands. Zwei Drittel der NATO-Verbündeten ziehen bis 1995 aus Deutschland ab. 1994 verlassen vertragsgemäß die letzten russischen Truppen Deutschland.